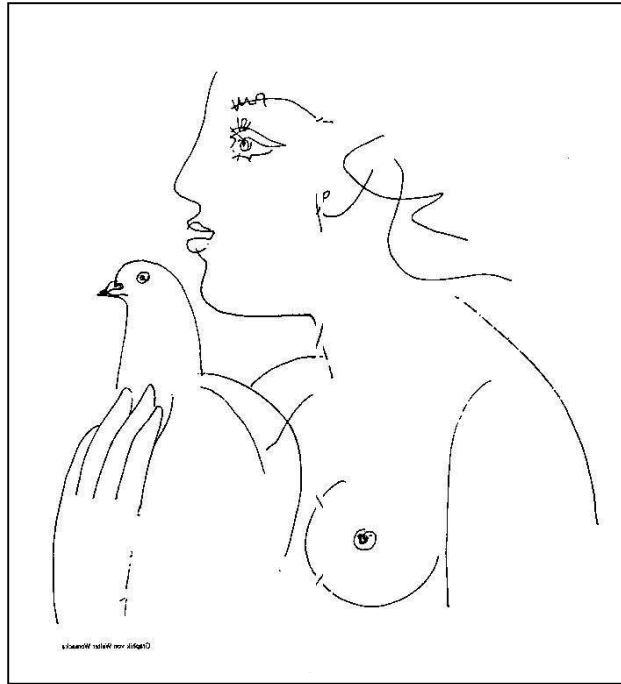


Nr. 158



**Amerika auf dem »Kriegspfad«: Repräsentantenhaus  
ebnet Krieg mit Russland den Weg**

von

**Prof. Michel Chossudovsky**

**Tollkühner Kongress unterbreitet Russland  
'Kriegserklärung'**

von

**Ron Paul**

**Komplette Übersetzung der im Rahmen der US-  
Haushaltsberatungen vom US-Repräsentantenhaus  
beschlossenen Resolution 758,**

*Liebe Leser,*

*die Sorge vieler Menschen, dass sich die Politik der Konfrontation des Westens gegen Russland zu einem neuen Krieg ausweiten könnte, ist groß.*

*Die in diesem Heft gesammelten Dokumente zeigen, dass diese Sorge mehr als berechtigt ist.*

*Die vom Repräsentantenhaus der USA am 4. Dezember 2014 mit nur 10 (!) Gegenstimmen verabschiedete Resolution H.RES 758 ist ein Kompendium von Lügen, Halbwahrheiten und Unwahrheiten über politische Prozesse und Fakten mit denen ein Freibrief für jedwede aggressive Handlungen bis hin zu Kriegshandlungen gegen die Russische Föderation gegeben wird.*

*Diese Haltung des politischen Establishments der USA hat seine Ursache in ihrem Hegemonialanspruch, die Welt nach seinem Gutdünken einrichten zu können und zu müssen, selbst auf die Gefahr hin, einen Krieg zu provozieren. Auf der Agenda dieser Politik stehen die Anmaßung souveränen Staaten ein fremdes Diktat aufzwingen zu wollen bzw. mit verdeckten Operationen einen Regime Change herbeizuführen, ökonomische Erpressung, unverschämte Einmischung in innere staatliche Angelegenheiten – alle Spielarten des Interventio- nismus.*

*Es ist beunruhigend und gefährlich zugleich, dass die Regierung der BRD und die politischen Eliten des Landes - in treuer Gefolgschaft zu den USA – diese Politik unterstützen und wirksame Schützenhilfe leisten, sie in der NATO und in der EU durchzusetzen.*

*Der kanadische Wissenschaftler Professor Michel Chossudovsky, Träger des Menschenrechtspreises der GBM, ein entschiedener Kritiker von neoliberaler Globalisierung und Hegemonialpolitik der USA und der Abgeordnete der Republikanischen Partei der USA im Repräsentantenhaus Ron Paul haben kritische Bewertungen der Resolution .... abgegeben, die im Internet veröffentlicht wurden.*

*Zusammen mit dem Text der Resolution werden sie in diesem Heft als Beitrag zur Aufklärung über die Brisanz der gegenwärtigen Situation vorgestellt.*

Arbeitskreis Frieden der GBM

## **Amerika auf dem »Kriegspfad«: Repräsentantenhaus ebnet Krieg mit Russland den Weg**

Prof. Michel Chossudovsky

Amerika hat sich auf Krieg ausgerichtet. Das Szenario eines Dritten Weltkriegs wird in den Planungsabteilungen des Pentagons schon seit mehr als zehn Jahren vorangetrieben, aber nun setzt man ein militärisches Vorgehen gegen Russland auf die »operationelle Ebene«. Sowohl der amerikanische Senat, als auch das Repräsentantenhaus haben Gesetze eingebracht, die den rechtlichen Hintergrund für einen Krieg gegen Russland liefern.

Wir haben es nicht mit einem »Kalten Krieg« zu tun. Die gesamte Sicherheitsarchitektur des Kalten Krieges ist zerstört. Die Ost-West-Diplomatie ist praktisch zusammengebrochen, und hinzu kommt noch eine massive Kriegspropaganda. Die Vereinten Nationen ignorieren die umfassenden Kriegsverbrechen, die von dem westlichen Militärbündnis begangen wurden und werden.

Dass dieses umfassende Gesetz (H.Res.758) am 4. Dezember vom amerikanischen Repräsentantenhaus verabschiedet wurde, bedeutet (eine entsprechende Abstimmung im Senat steht noch aus) praktisch »grünes Licht« für den amerikanischen Präsidenten und Oberkommandierenden der Streitkräfte, ohne weitere Zustimmung des Kongresses in einem Prozess der militärischen Konfrontation mit Russland einzutreten.

Die weltweite Sicherheit steht auf dem Spiel. Diese historische Abstimmung, die möglicherweise das Leben von hunderten Millionen Menschen weltweit beeinflusst, wurde in den Medien praktisch völlig ausgeblendet – und dieser Zustand hält an.

Die Welt steht an einem gefährlichen Scheideweg. Moskau hat auf die Drohgebärden der USA und der NATO reagiert. Seine Grenzen sind bedroht. Am 3. Dezember kündigte das russische Verteidigungsministerium die Einführung einer neuen militärisch-politischen Organisation an, die im Kriegsfall die Regierungsgeschäfte übernehmen würde:

»Russland richtet eine neue nationale Verteidigungsorganisation ein, die in Friedenszeiten die Bedrohungen der nationalen Sicherheit überwachen, im Falle eines Krieges aber die Kontrolle über das gesamte Land übernehmen soll.« ([RT](#), 3. Dezember 2014)

## **Der zeitliche Ablauf der Kriegsvorbereitungen**

Am 1. Mai 2014 wurde das »[Gesetz zur Verhinderung einer russischen Aggression](#)« (»Russian Aggression Prevention Act«, RAPA) in den US-Senat eingebracht. Es fordert die Militarisierung Osteuropas und der baltischen Staaten sowie die Stationierung amerikanischer und NATO-Truppen vor der russischen Haustür:

»Das S.2277 – Gesetz zur Verhinderung einer russischen Aggression – weist den Präsidenten an: 1. Planungen für eine Verstärkung der Unterstützung der Streitkräfte Polens, Estlands, Litauens und Letlands und anderer NATO-Mitgliedsstaaten zu beginnen; 2. weist den ständigen Vertreter der USA bei der NATO an, sich für die ständige Stationierung von NATO-Kräften in diesen Ländern einzusetzen; weist den Präsidenten an, dem Kongress einen Plan für die Beschleunigung der Bemühungen der NATO und Europas im Bereich Raketenabwehr vorzulegen.«

Dieser Gesetzesentwurf wurde zunächst dem Außenpolitischen Ausschuss des Senats zur Beratung vorgelegt, aber seine wesentlichen Aspekte werden bereits umgesetzt. Mitte Juli forderte der NATO-Oberbefehlshaber für Europa ([SACEUR](#)) General Philip Breedlove in Abstimmung mit dem Pentagon und dem britischen Verteidigungsminister:

»... einen Stützpunkt mit ausreichend Waffen, Munition und anderen Militärgütern auszustatten, damit von dort aus ein schneller Einsatz von tausenden Soldaten gegen Russland möglich ist« ([RT](#), 24. Juli 2014)

Laut Breedlove benötige die NATO »vorgelagerte und vorbereitete Versorgungslager und andere Kapazitäten sowie Bereiche, in denen man sehr schnell nachrückende Einheiten stationieren könnte«:

»Seine Pläne sehen vor, in den Hauptquartieren Lagermöglichkeiten für Waffen, Munition und Nahrungsmittelrationen einzurichten, **um auf einen plötzlichen Zustrom von tausenden NATO-Soldaten**

*vorbereitet zu sein*«. (Deborah Haynes, »Russia fears prompt NATO to look east for HQ«, in: [The Times](#), 24. Juli 2014, Hervorhebungen vom Verfasser.)

Breedloves »Blitzkriegsszenario«, das sehr leicht zu einer militärischen Eskalation führen könnte, wurde auf dem NATO-Gipfel im September dieses Jahres in Wales verabschiedet. Ein sogenannter *NATO-Aktionsplan*, der sich gegen die Russische Föderation richtet, wurde dort ebenfalls beschlossen. Der NATO-Gipfel in Wales hatte also »grünes Licht« gegeben.

Schon etwas mehr als einen Monat später wurden in den baltischen Staaten Manöver der USA und der NATO abgehalten. Anfang November fand dann im Baltikum und Osteuropa eine zweite Runde von Militärübungen statt.

Als Teil dieser erweiterten Bestrebungen veranstaltete die NATO dann Anfang November unter Beteiligung von neun Mitgliedsstaaten des atlantischen Bündnisses in Litauen ihr Manöver *Eisernes Schwert 2014*:

*»Dass in Litauen zu einem früheren Zeitpunkt dieses Monats amerikanische Panzer rollten, war ein Zeichen der Stärke an die Adresse Russlands, [um zu zeigen, dass] es in der Region nicht willkommen ist. «*

Diese Manöver richteten sich ausdrücklich gegen Russland. Aus Moskauer Sicht liefen sie darauf hinaus, die »Operationsbereitschaft zu erhöhen« sowie den »Transfer militärischer Infrastruktur an die russischen Grenzen« voranzutreiben.

Als Reaktion auf den Einsatz von NATO-Truppen an seiner Grenze hielt die Russische Föderation Anfang November ebenfalls ausgedehnte Militärmanöver in der Barentssee ab.

Mit diesen Übungen wollte Russland »*seine gesamte nukleare Triade aus strategischen Bombern Unterseebooten*« und die silogestützten ballistischen Interkontinentalraketen vom Typ [Topol-M](#), die von Plesezsk im Oblast Archangelsk aus am 1. November abgefeuert wurden, *testen*.

## Der Gesetzesentwurf H.RES. 758

Am 18. November wurde der Gesetzesvorschlag H.RES.758 in das Repräsentantenhaus eingebracht. In seiner wesentlichen Stoßrichtung charakterisiert er Russland als einen »Aggressor Staat«, der in die Ukraine einmarschiert sei, und fordert ein gegen Russland gerichtetes militärisches Vorgehen:

»**H.Res.758** – Präsident Barack Obama erklärte bei seinem Amtsantritt 2009 seine Absicht, die Beziehungen zur Russischen Föderation ... , »neu zu starten« (im Parlament eingebracht)...

### **HRES 758 ICH 113. Kongress Zweite SitzungH. Res. 758**

*verurteilt in aller Schärfe das Vorgehen der Russischen Föderation unter Präsident Wladimir Putin, die eine Politik der Aggression gegen benachbarte Länder betreibt, die auf politische und wirtschaftliche Vorherrschaft abzielt. «*

In diesem Gesetzentwurf wird Russland nicht nur vorgeworfen, in die Ukraine einmarschiert zu sein, darüber hinaus wird auch Artikel fünf des Washingtoner Vertrages (Bündnisfall), die NATO-Doktrin kollektiver Sicherheit, angeführt, nach der ein Angriff auf einen Mitgliedsstaat als ein Angriff gegen die Allianz als Ganze betrachtet wird.

Dieses zugrunde liegende Narrativ wird durch eine ganze Reihe weiterer haltloser Beschuldigungen, die sich gegen die Russische Föderation richten, unterstützt. Russland soll in die Ukraine einmarschiert sein. Ohne irgendwelche entsprechenden Beweise vorzulegen, wird behauptet, Russland stecke hinter dem Abschuss der Passagiermaschine der *Malaysia Airlines* MH17, und man wirft Russland militärische Aggression vor.

In einer ungewollten ironischen Wendung wird der Russischen Föderation auch vorgeworfen, nicht nur gegen die Ukraine, Georgien, Moldawien, sondern auch gegen einige nicht genannte Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Wirtschaftssanktionen verhängt zu haben. Darüber hinaus wird die Russische Föderation beschuldigt, die »Energieversorgung zur politischen und wirtschaftlichen Druckausübung« einzusetzen.

Im Kern würde H.RES.758, sollte dieser Entwurf Gesetzeskraft erlangen, dem Präsidenten der USA faktisch »*grünes Licht*« für eine Kriegserklärung gegenüber der Russischen Föderation geben, ohne dass der Kongress noch einmal formell zustimmen müsste. In diesem Zusammenhang könnte man von einem »*leichten Verstoß gegen die Verfassung*« sprechen, denn immerhin heißt es dort in Artikel eins, Abschnitt acht: »*Der Kongress hat das Recht... Krieg zu erklären*«. H.RES.758 fordert den Präsident auf, in Abstimmung mit dem amerikanischen Kongress:

*»eine Überprüfung der Wehrverfassung, Bereitschaft und Kompetenzen der Streitkräfte der USA und der Streitkräfte anderer NATO-Mitgliedsstaaten durchzuführen, um dann entscheiden zu können, ob die Beiträge und das Vorgehen jedes einzelnen [Landes] ausreichen, um den Verpflichtungen der kollektiven Selbstverteidigung nach Artikel fünf des Nordatlantik-Vertrages, nachzukommen, und Maßnahmen zu ergreifen, um alle Defizite zu beseitigen.«*

Dieser Abschnitt deutet darauf hin, dass die USA erwägen, die NATO-Doktrin kollektiver Sicherheit nach Artikel fünf dazu einzusetzen, einen Prozess der militärischen Konfrontation mit der Russischen Föderation in Gang zu setzen.

Die Struktur von Militärbündnissen ist dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Artikel fünf ([Bündnisfall](#)) ist ein vorteilhafter Mechanismus, der Westeuropa von den USA aufgezwungen wurde. Er zwingt die NATO-Mitgliedsstaaten, von denen die meisten zugleich auch der Europäischen Union angehören, Krieg im Interesse Washingtons zu führen.

Zudem wird über ein Referendum zur Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO nachgedacht. Eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO sowie/oder eine Neubestimmung der Sicherheitsvereinbarungen von Ukraine und NATO könnten als Rechtfertigung eines von der NATO unterstützten Krieges gegen Russland werden.

### **Gesetz wurde durchgewinkt**

Die Geschwindigkeit, mit der dieser Gesetzesvorschlag den

Gesetzgeberischen Prozess durchlief, ist in der Geschichte des amerikanischen Kongresses ungewöhnlich. H.RES.758 wurde erst am 18. November eingebracht, wurde dann zügig im Außenpolitischen Ausschuss diskutiert und zurück an das Repräsentantenhaus zur Aussprache und Verabschiedung verwiesen. Am Morgen des 4. Dezember, also nur 16 Tage nachdem der Abgeordnete Kinzinger das Gesetz eingebracht hatte, wurde es mit 411:10 Stimmen, d.h. praktisch einstimmig, verabschiedet.

Amerikanische Kongressmitglieder sind Marionetten. Ihre Stimmen werden von den Lobbygruppen in Washington kontrolliert. Für die Rüstungskonzerne, die *Wall Street* und die texanischen Erdölkonzerne »ist Krieg gut fürs Geschäft«. In einem Offenen Brief schrieb der frühere Abgeordnete Dennis Kucinich am 2. Dezember:

*»Dieser Gesetzentwurf verlangt die Isolierung Russlands ... Mit anderen Worten: Wir sollten uns auf einen Krieg gegen Russland vorbereiten.*

*Genau dieses Säbelrasseln führt letzten Endes zum Kalten Krieg und dessen Eskalation. Es ist an der Zeit, im Streben nach einer internationalen Ordnung von den USA mehr Diplomatie und keine höheren Militärausgaben zu fordern. «*

### **Stillschweigen in den Medien**

Man hätte eigentlich erwartet, eine Entscheidung dieser historischen Tragweite wäre Thema einer breiten Berichterstattung gewesen. Tatsächlich aber herrschte völliges Schweigen. Die nationalen Medien versagten bei der Berichterstattung über die Debatte im Repräsentantenhaus und die Verabschiedung von H Res 758 am 4. Dezember völlig.

Die Mainstream-Medien waren angewiesen worden, nicht über die Entscheidung des Kongresses zu berichten. Niemand wagte es, die dramatischen Folgen dieser Entscheidung und ihre Konsequenzen für die »weltweite Sicherheit« anzusprechen: »Der Dritte Weltkrieg ist nicht titelseitenwürdig. «



**Ohne eine Berichterstattung in den Mainstream-Medien über die Kriegsvorbereitungen der USA und der NATO ist sich die breitere Öffentlichkeit der Tragweite der Kongressentscheidung nicht bewusst.**

**Es ist an der Zeit, die Nachrichtensperre der Mainstream-Medien zu durchbrechen.**

Copyright © 2014 by [GlobalResearch](#)

*Dieser Beitrag stellt ausschließlich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung des Verlags oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben.*

\*\*\*

## **Tollkühner Kongress unterbreitet Russland 'Kriegserklärung'**

Veröffentlicht am 14. Dezember 2014

von **Ron Paul**, (\* 1935 in Green Tree, Pennsylvania) US-amerikanischer Arzt und Politiker, Mitglied der Republikanischen Partei, zwischen 1976 und 2013 (mit Unterbrechungen) Abgeordneter im Repräsentantenhaus der USA.dt. Übersetzung: Ullrich F.J. Mies <http://www.antikrieg.com/>

Heute [4.12.2014] verabschiedete der Kongress, was ich als eine der schlechtesten Gesetzesvorlagen bezeichne, die es jemals gab.

H. Res. 758 wurde als Resolution angekündigt, die die „Aktionen der Russischen Föderation unter Präsident Vladimir Putin streng verurteilt, weil sie eine Politik der Aggression gegen benachbarte Länder mit dem Ziel der politischen und ökonomischen Dominierung durchführt.“

Faktisch handelte es sich bei dem Gesetzentwurf um 16 Seiten Kriegspropaganda, die sogar Neokonservativen die Röte ins Gesicht hätte treiben sollen, wenn sie denn dazu in der Lage wären.

Das ist die Sorte von Resolutionen, die ich im Kongress immer näher betrachtete, da sie als eher „harmlose“ Meinungserklä-

rungen angekündigt wurden und oftmals zu Sanktionen und Krieg führten. Ich erinnere mich an 1998, als ich vehement gegen das Irak-Befreiungs-Gesetz argumentierte weil – wie ich damals sagte – dieses zum Krieg führen würde. Ich stimmte gegen das Gesetz, nicht weil ich ein Bewunderer von Saddam Hussein war – ebenso wenig wie ich heute Putin oder irgend einen anderen politischen Führer bewundere – sondern vielmehr, weil mir klar war, dass ein weiterer Krieg gegen den Irak die Probleme nicht lösen, sondern die Lage wahrscheinlich verschlechtern würde. Wir alle wissen, was als nächstes kam.

Wenn irgendjemand denkt, dass ich übertreibe, wie schlecht die Resolution wirklich ist, dann lassen Sie mich nur einige wenige Beispiele aus diesem Gesetz anführen:

**Paragraph 3** der Resolution beschuldigt Russland einer Invasion in der Ukraine und verurteilt die russische Verletzung der ukrainischen Souveränität. Das Statement wird ohne jeden Beweis dafür vorgetragen. Nichts wurde vorgelegt. Mit Bezug auf Russlands Verletzung der ukrainischen Souveränität – warum ist es keine Verletzung der ukrainischen Souveränität, wenn die USA am Umsturz der gewählten Regierung des Landes teilnehmen, wie sie es im Februar getan haben?

Wir haben alle die Mitschnitte gehört, wie Offizielle des Außenministeriums mit dem US-Botschafter in der Ukraine konspirierten, um die Regierung zu stürzen. Wir hörten die stellvertretende Staatssekretärin Victoria Nuland prahlen, dass die USA 5 Milliarden Dollar in den Regimewechsel investierten. Warum ist das o.k.?

**Paragraph 11** der Resolution verurteilt die Menschen im Osten der Ukraine, im November „betrügerische und illegale Wahlen“ abgehalten zu haben. Wie kommt es, dass jedes Mal, wenn Wahlen nicht die gewünschten Ergebnisse liefern, die sich die US-Regierung wünscht, diese als illegal und betrügerisch bezeichnet werden? Ist den Menschen der Ostukraine das Selbst-

bestimmungsrecht nicht gestattet? Ist das nicht ein grundsätzliches Menschenrecht?

**Paragraph 13** der Resolution fordert einen Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine, obwohl die US-Regierung keinen Beweis dafür vorgelegt hat, dass die russische Armee jemals in der Ukraine gewesen ist. Dieser Paragraph drängt auch die Regierung in Kiew, erneut Militäroperationen gegen die östlichen Regionen vorzunehmen, die nach Unabhängigkeit streben.

\*\*\*

## LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein (LP 198/14 -14.12.14)

veröffentlicht eine komplette Übersetzung der im Rahmen der US-Haushaltsberatungen vom US-Repräsentantenhaus beschlossenen Resolution 758, mit der faktisch zum Krieg gegen Russland aufgerufen wird.

*Diese Ansammlung von Halbwahrheiten, dreisten Lügen, Unverschämtheiten und offenen Kriegsdrohungen wurde* (von den Autoren der Friedenspolitischen Mitteilungen) *komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links zu richtigstellenden Informationen versehen.* Unter <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43540/1.html>

**H.Res.758 - Entschiedene Verurteilung der Handlungen der Russischen Föderation unter dem Präsidenten Wladimir Putin, der eine Politik der Aggression betreibt, die auf die politische und wirtschaftliche Unterdrückung der Nachbarstaaten ausgerichtet ist**

CONGRESS.GOV, 04.12.14

(<https://www.congress.gov/bill/113th-congress/house-resolution/758/text>)

Eingebracht am 11.08,14 von dem Abgeordneten Kinzinger, Adam [Republikaner aus Illinois, 16. Distrikt, s.

<https://www.congress.gov/member/adam-kinzinger/2014>]

im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses.

Ergebnis der Abstimmung am 04.12.2014: Zur Annahme war eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Die Resolution wurde mit 411 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen beschlossen. Das Abstimmungsverhalten ist zu ersehen aus.

<http://clerk.house.gov/evs/2014/roll548.xml>

### **Text der H.Res.758**

Da die Russische Föderation eine Kampagne der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aggression gegen die Ukraine betreibt, in der Absicht diesen Staat zu unterwerfen und nach und nach seiner Unabhängigkeit zu berauben (s. dazu [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP18414\\_211114.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP18414_211114.pdf)),

da die Invasion der Russischen Föderation und ihre Militäreinsätze auf ukrainischem Territorium grobe Verletzungen der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der Ukraine sind und die Russische Föderation damit gegen das Völkerrecht und die ihr aus der UN-Charta erwachsenden Verpflichtungen verstößt,

da die Russische Föderation im Umgang mit der Ukraine seit Februar 2014 jedes der 10 Prinzipien der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 verletzt hat,

da die Russische Föderation mit der gewaltsamen Besetzung und illegalen Annexion der Krim und der andauernden Unterstützung separatistischer und para-militärischer Kräfte in der Ostukraine ihre in dem Budapester Memorandum von 1994 eingegangene Verpflichtung verletzt, die Unabhängigkeit und Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren und auf Drohungen oder Gewaltanwendung gegen die Ukraine und Angriffe auf ihre territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit zu verzichten,

da die Russische Föderation den separatistischen und paramilitärischen Kräften in der Ostukraine militärische Ausrüstung, Ausbildung und andere Hilfe zur Verfügung gestellt und damit den Tod von über 4.000 Zivilisten, die Vertreibung vom hunderttausenden von Flüchtlingen und großflächige Zerstörungen verursacht hat,

da das ukrainische Militär den Streitkräften der Russischen Föderation in seiner Personalstärke und technischen Ausrüstung weit unterlegen ist,

da die USA die Ukraine entschieden in ihren Bemühungen unterstützen, ihr Territorium und ihre Souveränität gegen die militärische Aggression der Russischen Föderation und der separatistischen Kräfte zu verteidigen,

da gegen die am 5. September 2014 im Minsker Protokoll zwischen Vertretern der Regierung der Ukraine, der Russischen Föderation und der von den Russen unterstützten Separatisten im Osten der Ukraine vereinbarten Bedingungen für eine Waffenruhe von der Russischen Föderation und den von ihr unterstützten Separatisten wiederholt verstoßen wurde,

da die separatistischen Kräfte in den von ihnen kontrollierten Gebieten in der Ostukraine am 25. Mai 2014 die Durchführung der Wahl eines neuen ukrainischen Präsidenten und am 26 Oktober 2014 die Beteiligung an der Wahl einer neuen Rada (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Werchowna\\_Rada](http://de.wikipedia.org/wiki/Werchowna_Rada)) verhindert und dadurch den Menschen in der Ostukraine ihr demokratisches Recht, bei freien und fairen Wahlen die von ihnen gewünschten Kandidaten unterstützen zu können, verweigert haben,

da die separatistischen Kräfte in der Ostukraine am 2. November 2014 betrügerische und illegale Wahlen in den von ihnen kontrollierten Gebieten abgehalten haben, um Führungen für die Gebiete zu bestimmen, die zu Unrecht ihre Unabhängigkeit erklärt haben,

da die Russische Föderation den separatistischen Kräfte auch weiterhin militärische, politische und wirtschaftliche Hilfe zukommen lässt, ohne die sie die von ihnen gehaltenen Gebiete nicht länger kontrollieren könnten,

da zur Wiederherstellung des Friedens und der Sicherheit in der Ukraine der vollständige Abzug aller russischen Kräfte von ukrainischem Territorium notwendig ist, damit die ukrainische Regierung wieder die Kontrolle über sämtliche Gebiete innerhalb der international anerkannten Grenzen der Ukraine übernehmen kann, und da die separatistischen und paramilitärischen Kräften im Osten entwaffnet werden müssen und Russland den durch Drosselung seiner Energieexporte und durch die Errichtung von Handelsbarrieren ausgeübten Druck aufgeben und seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einstellen muss,

da ein ziviles Verkehrsflugzeug der Malaysia Airlines auf Flug 17 durch eine Rakete zerstört wurde, die von Russen unterstützte separatistischen Kräfte in der Ostukraine abgefeuert haben, wodurch 298 Unschuldige ihr Leben verloren (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP15314\\_200914.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP15314_200914.pdf))

da die Russische Föderation riesige Mengen Waffen, darunter auch Raketensysteme zur Abwehr von Flugzeugen und andere tödliche Waffen, an das Regime Baschar al-Assad in Syrien liefert, das den Terrorismus fördert und von der Hisbollah unterstützt wird, einer modern ausgerüsteten Terroristengruppe, die den USA und einigen ihrer engsten Verbündeten feindlich gesinnt ist,

da die Russische Föderation das Assad-Regime und dessen brutalen Angriff auf die syrische Bevölkerung unterstützt (wichtige Infos dazu s. unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP18914\\_301114.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP18914_301114.pdf))

da die Russische Föderation wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen wie die Manipulation von Energiepreisen und Energielieferungen sowie Handelsbeschränkungen benutzt hat und im-

mer noch nutzt, um politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Ukraine auszuüben,

da sich Frankreich 2011 dazu bereit erklärt hat, der Russischen Föderation zwei amphibische Hubschrauberträger der Mistral-Klasse (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Mistral-Klasse>) für 1,7 Milliarden Dollar zu verkaufen,

da diese Schiffe, wenn sie in den Besitz des russischen Militärs gelangt wären, zur weiteren Destabilisierung beigetragen hätten und bei der Besetzung der Krim eingesetzt worden wären,

da sich Frankreich in Anbetracht des russischen Einfalls in die Krim und in andere zur Republik Ukraine gehörende Territorien und des für die ganze Region bedrohlichen russischen Verhaltens dazu entschlossen hat, die Auslieferung der Hubschrauberträger der Mistral-Klasse an die Russische Föderation auszusetzen,

da der Ankauf der beiden Hubschrauberträger der Mistral-Klasse durch die North Atlantic Treaty Organization / NATO deren Fähigkeiten verbessern und nicht nur Frankreich die Baukosten für die Schiffe erstatten, sondern gleichzeitig auch das russische Bedrohungspotential für die osteuropäischen Staaten verringern würde,

da die Russische Föderation im August 2008 in die Republik Georgien eingefallen ist, weiterhin Truppen in Gebieten von Abchasien und Südossetien stationiert hat und beabsichtigt, diese Gebiete nach und nach durch verschiedene Maßnahmen wie einen am 24. November 2014 unterzeichneten "Vertrag" mit der zu Georgien gehörenden Region Abchasien in die Russische Föderation zu integrieren versucht (andere Infos dazu s. unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_08/LP12908\\_100808.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP12908_100808.pdf) [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-rchiv/LP\\_08/LP13508\\_140808.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-rchiv/LP_08/LP13508_140808.pdf))

da die Russische Föderation versucht, die Republik Georgien auch weiterhin politisch und militärisch einzuschüchtern und mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen und anderen Formen

der Aggression zu unterwerfen, um die Kontrolle über diesen Staat zu erlangen und ihn davon abzuhalten, engere Beziehungen zur Europäischen Union und zu den USA aufzunehmen,

da die Russische Föderation gegen den ausdrücklichen Willen der Regierung Moldawiens und der Organization for Security and Cooperation in Europe / OSZE auch weiterhin Truppen in dem zu Moldawien gehörende Gebiet Transnistrien stationiert s. <http://www.tagesschau.de/ausland/transnistrien-umaenien100.html>

da die Russische Föderation das illegale separatistische Regime in Transnistrien, einer Region Moldawiens, auch weiterhin unterstützt,

da die Russische Föderation auch weiterhin versucht, Moldawien politisch und militärisch einzuschüchtern und mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen und anderen Formen der Aggression zu unterwerfen, um die Kontrolle über diesen Staat zu erlangen und ihn davon abzuhalten, engere Beziehungen zur Europäischen Union und zu den USA aufzunehmen,

da die Sowjetunion dem Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty / INF (dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme, s. <http://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>) beigetreten ist, an den auch die Russische Föderation durch eine im Oktober 1992 in Bischkek in Kirgisistan abgegebene Erklärung gebunden ist,

da der (NF-Vertrag somit auch der Russischen Föderation Flugtests mit oder die Aufstellung von militärischen Mittelstreckenraketen verbietet,

da General Breedlove, der Chef des U.S. European Command / EUCOM (in Stuttgart) und NATO-Oberkommandierende (weitere Infos über ihn unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP05914\\_300314.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05914_300314.pdf)), am 2. April 2014 festgestellt hat "Die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf der großen Landmasse Europas verletzt den INF-Vertrag und ist zu ahnden. .... Ich will der Allianz nicht vorgreifen, meine aber, dass



sie darauf reagieren muss. Das erfordert eine Antwort“,

da das US-Außenministerium am 29. Juli 2014 seinen Bericht über die Beachtung und Einhaltung der Vereinbarungen über die Rüstungskontrolle, die Nicht-weitergabe von Atomwaffen und Abrüstungsvorhaben für das Kalenderjahr 2013 veröffentlicht hat, wie es der Artikel 403 des Gesetzes über Rüstungskontrolle und Abrüstung vorschreibt, und darin mitgeteilt hat, nach Feststellungen der USA habe die Russische Föderation ihre mit dem INF-Vertrag eingegangene Verpflichtung - keine vom Boden gestartete Marschflugkörper / GLCMs mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km zu produzieren, zu besitzen oder im Flug zu testen und auch keine dafür erforderlichen Abschussvorrichtungen vorzuhalten, missachtet

*(Die Gründe, die Russland dazu bewogen haben, sind nachzulesen unter [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-rchiv/LP\\_08/LP22008\\_121108.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-rchiv/LP_08/LP22008_121108.pdf) [http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP22511\\_011211.pdf](http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22511_011211.pdf).)*

da nach besorgniserregenden Berichten die Russen auch eine neue ballistische Rakete mittlerer Reichweite mit unterschiedlichen Sprengköpfen die RS-26

(s.<http://de.ria.ru/zeitungen/20131003/267003206.html>), mehrfach getestet haben, die nach Feststellungen des US-Senats nicht den Vorgaben entspricht, die mit dem INF-Vertrag im Mai 1988 ausgehandelt wurden,

da die Russische Föderation darum ersucht hat, für Überwachungsflüge über den USA und Europa, die im Rahmen des Vertrages über den Offenen Himmel (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag\\_%C3%BCber\\_den\\_Offenen\\_Himmel](http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_%C3%BCber_den_Offenen_Himmel)) stattfinden, neue Flugzeuge mit neuen Sensoren zuzulassen, wäre die nationale Sicherheit der USA bedroht, wenn das erlaubt würde,

da General Breedlove, der Chef des US. European Command / EUCOM (in Stuttgart) und NATO-Oberkommandierende, am 11. November 2014 festgestellt hat, dass "zum Einsatz von Atomwaffen fähige" russische Streitkräfte auf die Halbinsel

Krim verlegt wurden,

da die Regierung der Russischen Föderation nach Berichten wiederholt versucht hat, in Computernetze der US-Regierung einzudringen, sowie die Computer von Einzelpersonen und Privatfirmen anzuzapfen, um sich auf illegale Weise Informationen zu verschaffen, und auch russische Einzelpersonen und Firmen bei solchen Versuchen unterstützt und die Kommunikation gestört hat,

da die politische, militärische und wirtschaftliche Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und andere Staaten andauert, bleibt die North Atlantic Treaty Organization / NATO als Eckstein der kollektiven euro-atlantischen Verteidigung unersetzlich,

da die USA zu der Verpflichtung stehen, die ihnen aus dem Artikel 5 des NATO-Vertrages erwächst, steht fest, dass "ein bewaffneter Angriff auf ein oder mehrere NATO-Mitglieder als Angriff auf alle betrachtet wird",

da die Russische Föderation ihre Energielieferungen auch weiterhin als politisches und wirtschaftliches Druckmittel gegen die Ukraine, Georgien, Moldawien und andere europäische Staaten einsetzt,

da die USA dafür sorgen müssen, dass die Ukraine, Georgien, Moldawien und die anderen europäischen Staaten ihren Energiebedarf auch bei anderen Lieferanten decken können, um der Russischen Föderation die Möglichkeit zu nehmen, ihre Energielieferungen als politisches und wirtschaftliches Druckmittel einsetzen zu können, müssen sie auch bei der Erschließung eigener Energiequellen, bei der besseren Energieausnutzung und beim Ersetzen russischer Energielieferungen durch Importe aus anderen Staaten behilflich sein,

da die Russische Föderation ihre aggressive Propaganda gegen die Ukraine mit falschen Informationen fortsetzt, um die Autorität der legitimen ukrainischen Regierung und die Stabilität

des Landes zu untergraben, ethnische Konflikte zu schüren und Gewalt zu säen,

da die Russische Föderation die Präsenz ihrer staatlich finanzierten, in den jeweiligen Landessprachen verfassten Medien auf Zentral- und Westeuropa ausweitet - mit der Absicht, durch die Verbreitung von obskuren Nachrichten und Informationen die öffentliche Meinung einseitig zu beeinflussen und ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Europa zu verstärken,

da die USA ihrerseits eigene Medien in russischer und ukrainischer Sprache verbreiten müssen, um der russischen Propaganda entgegenzuwirken und den Menschen in der Ukraine und in den angrenzenden Gebieten den Zugang zu glaubwürdigen und ausgewogenen Informationen zu ermöglichen,

da die Voice of America (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Voice\\_of\\_America](http://de.wikipedia.org/wiki/Voice_of_America)) und Radio Free Europe / Radio Liberty - RFE/RL (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Radio\\_Free\\_Europe](http://de.wikipedia.org/wiki/Radio_Free_Europe)) der Ukraine und in den angrenzenden Regionen mit einer teilweise Russisch sprechenden Bevölkerung nur eine Minderheit erreichen. während die Mehrheit ihre Informationen aus russischen Medien bezieht, da das Public Law 113-96 von 2014 über die Ausstrahlung internationaler US-Programme in der Ukraine und in den benachbarten Gebieten vorschreibt, dass die Voice of America und RFE/RL die Bevölkerung in der Ukraine und in Moldawien möglichst an allen 7 Wochentagen rund um die Uhr mit Informationen (in der Landsprache) - mindestens aber 8 Stunden pro Woche mit Videos und Fernsehnachrichten und 14 Stunden pro Woche mit gezielten Rundfunkbeiträgen versorgt, wobei die Zusammenarbeit mit lokalen Sendern durch Multimedia-Plattformen und mobile Sendestationen ausgeweitet werden soll, und

da Vladimir Putin durch manipulierte Wahlen, durch die Verfolgung und Inhaftierung politischer Gegner, durch die Verdrängung unabhängiger Medien, durch die Besetzung wichtiger Schlüsselpositionen in der Wirtschaft mit treuen Anhä-

ngern, die sich bereichern können, ein immer autoritärer werdendes korruptes Regime errichtet hat und mit einer lautstarken Propaganda-Kampagne die russische Aggression gegen andere Staaten und die Unterdrückung der russischen Bevölkerung zu rechtfertigen versucht,

### **ergeht folgender Beschluss: Das Repräsentantenhaus**

(1) unterstützt entschieden die Bemühungen des Präsidenten Poroschenko und des ukrainischen Volkes um einen dauerhaften Frieden in ihrem Land, der den vollständigen Abzug der russischen Streitkräfte vom Territorium der Ukraine, die Wiederherstellung der international anerkannten Grenzen der Ukraine und die Entwaffnung der separatistischen und paramilitärischen Kräfte in der Ostukraine einschließt und eine Politik ermöglicht, die der Russischen Föderation die Möglichkeit nimmt, die Einschränkung der Energielieferungen und Handelshemmnisse als Waffen zu benutzen, um wirtschaftlichen und politischen Druck auszuüben und sich in die inneren Angelegenheit der Ukraine einzumischen,

(2) bestätigt das Recht der Ukraine, Georgiens, Moldawiens und aller anderen Staaten auf die Wahrnehmung ihrer Souveränität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen - ohne Interventionen aus dem Ausland - und ihr Recht auf eine eigene Außenpolitik, die den Interessen ihrer Völker am besten dient,

(3) verurteilt die politische, wirtschaftliche und militärische Aggression gegen die Ukraine, Georgien und Moldawien, die ständig von der Russischen Föderation ausgeht, sowie die ständige Verletzung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität dieser Staaten,

(4) stellt fest, dass das militärische Eingreifen der Russischen Föderation in der Ukraine die Bestimmungen der UN-Charta bricht, alle 10 Prinzipien der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 verletzt (s. dazu auch <http://de.wikipedia.org/wiki/>

[Konferenz %C3%BCber Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa](#)),

gegen das Budapester Memorandum von 1994 verstößt, in dem sich die Russische Föderation verpflichtet hat, die Unabhängigkeit, Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine zu respektieren und auf gewaltsame Eingriffe in die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit der Ukraine zu verzichten und den internationalen Frieden und die Sicherheit bedroht,

(5) fordert die Russische Föderation auf, die illegale Annexion der Krim rückgängig zu machen, die Unterstützung der Separatisten auf der Krim zu beenden und ihre Streitkräfte zurückzuziehen - außer denjenigen, die sich nach dem 1992 geschlossenen Abkommen über die Stationierung der russischen Schwarzmehrflotte auf dem Territorium der Ukraine dort aufhalten dürfen,

(6) fordert den (US-)Präsidenten auf, darauf hinzuwirken, dass sich die US-Verbündeten und Partner in Europa und die anderen Staaten der Welt weigern, irgendwelche Ansprüche der Russischen Föderation auf die Krim, ihren Luftraum oder auf die sie umgebenden Gewässer de facto oder de jure anzuerkennen,

(7) fordert die Russische Föderation auf, ihre sämtlichen Truppen mitsamt ihrer militärischen Ausrüstung vom Territorium der Ukraine, Georgiens und Moldawiens zu entfernen und ihre politische, militärische und wirtschaftliche Hilfe für separatistische Kräfte zu beenden,

(8) fordert die Russische Föderation und die von ihr unterstützten und kontrollierten Separatisten in der Ukraine auf, ihre Verstöße gegen die am 5. September 2014 in Minsk vereinbarte Waffenruhe zu beenden,

(9) fordert den (US-)Präsidenten auf, gemeinsam mit den US-Verbündeten und Partnern in Europa und anderen Staaten auf der ganzen Welt Einreiseverbote, die Blockierung von Konten bei ausländischen Banken, gezielte Sanktionen und andere

Maßnahmen gegen die Russische Föderation und ihre Führung zu verhängen, mit der Absicht, damit die Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine zu beenden, sowie den Abzug der russischen Truppen samt ihrer Ausrüstung von ukrainischem Territorium durchzusetzen und die Unterstützung separatistischer und paramilitärischer Kräfte zu stoppen,

(10) fordert den (US-)Präsidenten auf, die Regierung der Ukraine mit tödlichen Waffen und sonstiger militärischer Ausrüstung zu beliefern und sie bei der Ausbildung ihrer Truppen und auch sonst zu unterstützen, damit sie ihr Territorium und ihre Souveränität effektiv verteidigen kann,

(11) fordert den (US-)Präsidenten auf, die Regierung der Ukraine rechtzeitig mit geeigneten geheimdienstlichen Erkenntnissen und anderen relevanten Informationen zu versorgen, damit sie ihr Territorium und ihre Souveränität verteidigen kann,

(12) fordert die US-Verbündeten in der North Atlantic Treaty Organization / NATO sowie die anderen US-Partner in Europa und in der ganzen Welt auf, die militärische Zusammenarbeit mit Russland einzustellen und den Verkauf tödlicher und nicht-tödlicher militärischer Ausrüstung an die russische Regierung zu verbieten,

(13) versichert, dass die USA ihren Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag und insbesondere aus dessen Artikel 5 nachkommen werden und fordert alle Mitgliedsstaaten auf, auch ihren vollen finanziellen Beitrag zur Sicherung der kollektiven Verteidigungsbereitschaft zu leisten,

(14) drängt den (US-)Präsidenten, in Abstimmung mit dem Kongress den Zustand und die Einsatzbereitschaft der US-Streitkräfte und der Streitkräfte der anderen NATO-Staaten zu überprüfen und festzustellen, ob deren Beiträge und Aktivitäten ausreichen, um den aus Artikel 5 erwachsenden Verpflichtungen zur kollektiven Verteidigung gerecht zu werden, und

dafür Sorge zu tragen, dass eventuelle Mängel abgestellt werden,

(15) begrüßt die Entscheidung Frankreichs, die Auslieferung der Hubschrauberträger der Mistral-Klasse an die Russische Föderation auf unbestimmte Zeit auszusetzen, und fordert die Regierungen der USA, Frankreichs und anderer Partner sowie die NATO auf, darüber zu beraten, ob diese Schiffe angekauft werden können, um ihre Auslieferung an die Russische Föderation zu verhindern,

(16) drängt den (US-)Präsidenten, der Russischen Föderation öffentlich vorzuwerfen, dass sie ihren Verpflichtungen aus dem INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen nicht nachkommt, und alles zu unternehmen, damit sie diese Verpflichtungen einhält,

(17) drängt den (US-)Präsidenten, gemeinsam mit den Asiaten, Europäern und anderen Verbündeten eine umfassende Strategie zu entwickeln, um sicherzustellen, dass die Russische Föderation keine Vorteile aus der Entwicklung militärischer Systeme ziehen kann, die den INF Vertrag verletzen,

(18) hält die Stationierung russischer Atomwaffen auf ukrainischem Territorium für eine destabilisierende Provokation,

(19) fordert die Ukraine und andere Staaten auf, sich um Alternativen in der Energieversorgung zu bemühen, um der Russischen Föderation die Möglichkeit zu nehmen, ihre Energielieferungen als Mittel zur Ausübung politischen oder wirtschaftlichen Drucks einzusetzen, die Erdgasströme nach Westeuropa umzukehren und mehr Flüssiggas aus den USA zu importieren, sowie die Energieausnutzung zu verbessern (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-rchiv/LP\\_13/LP07014\\_140414.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-rchiv/LP_13/LP07014_140414.pdf))

(20) fordert den (US-)Präsidenten und das US-Außenministerium auf, eine koordinierte Strategie zu entwickeln, um Staaten mit einem großen Anteil Russisch sprechender Bürger mit Informationen in russischer Sprache versorgen zu können, und deshalb vorhandene Sender wie die Voice of America und

Radio Free Europe / Radio Liberty - RFE/RL besser zu nutzen  
Public-Private-Partnerships (s.

[http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-private\\_Partnerschaft](http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-private_Partnerschaft))

mit einheimischen Sendern anzustreben und dafür die Unterstützung regionaler Regierungen zu gewinnen,

(21)fordert das US-Außenministerium auf, von seinen wichtigsten diplomatischen Vertretungen in Europa den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss Russlands und der staatlich finanzierten russischen Medien bewerten zu lassen und in Zusammenarbeit mit den Regierungen der europäischen Länder geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen,

(22) fordert die Russische Föderation auf, ihre Unterstützung für das Assad-Regime in Syrien einzustellen,

(23) drängt den (US-)Präsidenten, die Russische Föderation öffentlich und in Gesprächen aufzufordern, ihr destruktives Verhalten bei Begegnungen ihrer Vertreter mit Vertretern der USA aufzugeben,

(24)fordert die Russische Föderation auf, sich um für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen zu den USA zu bemühen, die auf der Respektierung der Unabhängigkeit und Souveränität aller Staaten und deren Recht beruht, ihre Zukunft – einschließlich ihrer Beziehungen zu anderen Nationen und internationalen Organisationen – ohne Einmischung, Einschüchterung oder von anderen Staaten ausgeübtem Zwang frei ausüben zu können und

(25)fordert die Wiederherstellung enger und kooperativer Beziehungen zwischen den Völkern der USA und der Russischen Föderation, die auf dem gemeinsamen Streben nach Demokratie und Frieden für alle Staaten und der Respektierung der Menschenrechte beruhen.